

**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen  
**Herausgeber:** Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen  
**Band:** 135 (1957)

**Artikel:** Basel im zweiten Weltkrieg : 1939-1945  
**Autor:** Grieder, Fritz  
**Kapitel:** Kritische Monate  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1006923>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 08.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

erzeugt, einen Teil unseres Volkes. In Basel zirkulierten unsinnige Nachrichten über angebliche Kapitulationsverhandlungen zwischen dem Bundesrat und deutschen Stellen.

Am 22. Juni wurde im Wald von Compiègne das Waffenstillstandsabkommen von den französischen Unterhändlern unterzeichnet, und mit dieser Niederlage Frankreichs fand der Kontinentalkrieg im Westen ein unerwartet rasches, mindest vorläufiges Ende. Als Letzte hatten die Besatzungen der Werke in der Maginotlinie den Kampf aufgegeben; so fielen die Gebiete von Elsass-Lothringen bis zur Schweizer Grenze zwischen Basel und der Ajoie erst wenige Tage vor der Kapitulation in die Hände der Deutschen, während diese den westlichen Juraabschnitt bei Genf schon einige Zeit früher erreicht hatten.

Die Waffenniederlegung Frankreichs bedeutete für manche auch in unserer Stadt den Zusammenbruch einer Welt, und zwar vom militärischen wie vom politischen Gesichtspunkt aus betrachtet. Seit den napoleonischen Kriegen hatten wir mit einem Mächtegleichgewicht im zentraleuropäischen Raum rechnen dürfen, und nun war die Schweiz beinahe unversehens nur noch von einer Mächtegruppe umgeben, sozusagen eingeschlossen und ohne Verbindung mit dem andern kriegführenden Lager, daher im Kriegsfall militärisch ganz auf sich selbst angewiesen. Bestand überhaupt noch ein Gegengewicht gegen die Übermacht der Achsenstreitkräfte? Politisch hatte der Waffenstillstand einen Sieg der Europa-Konzeption Hitlers zur Folge. Gab es in diesem der Diktatur verfallenen Europa noch einen Platz für eine demokratische Insel, wie sie die Schweiz damals darstellte?

Unser Land stand vor einer einzigartigen Situation: was seit Jahrhunderten seine Lebensform bestimmt hatte, schien mit einem Schlag wert- und sinnlos geworden zu sein. Gerade in der Grenzstadt und Handelsmetropole Basel, deren Bevölkerung von jeher besonderes Gewicht auf internationale Beziehungen legte, empfand man die militärische Einschliessung der Schweiz, ihre Trennung von den bedeutenden Handelsmeeren und die geistige Entfernung von den atlantischen Staaten als besonders beängstigend.

## Kritische Monate

Die Machtverschiebung, die durch die militärische Niederlage Frankreichs offenbar geworden war, bewirkte eine Verschärfung der Spannung im deutsch-schweizerischen Verhältnis; denn nun meldete die nationalsozialistische Führung, machtbesessen wie noch nie zuvor, mit grösserem



Nachdruck als je den Herrschaftsanspruch über alle auch nur noch halbwegs selbständigen Gebiete Europas an; dazu gehörte auch die Schweiz. Eigenartigerweise äusserte sich dieser verstärkte Machtwille nicht in der Form neuen direkten militärischen Druckes auf unser Land, vielmehr hofften die Nationalsozialisten offenbar, die Tatsache des augenscheinlichen militärischen Übergewichtes der Achse allein werde im Zusammenhang mit intensiver politischer und wirtschaftlicher Bearbeitung des Opfers genügen, um die Schweiz zur Gleichschaltung reif zu machen. So erreichte denn der Kampf um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung unseres Landes im Sommer 1940 einen beinahe dramatischen Höhepunkt. Wenn die deutsche Propaganda in der Schweiz jemals während des zweiten Weltkrieges gewisse Erfolgsaussichten besass, dann in jenem Sommer, als die innere Haltung zahlreicher Schweizer unter dem schockartigen Eindruck der französischen Niederlage schwankend geworden war.

Darüber, ob der deutsche Sieg endgültig und unabänderlich sei, gingen in Basel wie überall in der Schweiz die Meinungen auseinander. Wer diese Frage bejahte – und dies waren selbst in führenden politischen Kreisen nicht wenige – sah sich sofort vor eine weitere Entscheidung gestellt: Hatte es unter solch ungünstigen Umständen noch einen Sinn, den deutschen Begehren zu widerstehen? Nach der Lage der Dinge könnte dem Widerstand auf die Dauer doch kein Erfolg beschieden sein, vernünftiger wäre es daher, rechtzeitig nachzugeben. Es lässt sich nicht abschätzen, wie weit die Einwirkung der Fünften Kolonne dieser defaitistischen Haltung Vorschub leistete; sicher ist, dass die mit Fanfarenklängen verbreiteten deutschen Siegesmeldungen, die sich laufend folgten, und die in grosser Zahl verteilten deutschen illustrierten Zeitungen den Eindruck der Unbesiegbarkeit von Hitlers Armeen in vielen Bürgern aufkommen liessen. Der Erfolg der eingesetzten Machtmittel allein schien in den Augen mancher unsere eigene Staatsform zu entwerten. Da und dort wurde ganz arglos die Meinung vertreten, die Demobilisierung der Armee könnte wohl verantwortet werden, da der Krieg in Europa nun zu Ende sei.

Den Behörden kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, sie hätten nach der Kapitulation Frankreichs lange Zeit nicht nur keine klare aussenpolitische Linie vertreten, sondern es sei sogar durch einzelne Kundgebungen eine Politik des unbedingten Widerstandes durchkreuzt worden. In grossen Teilen des Volkes herrschte offenbar einiges Misstrauen gegenüber den Absichten des Bundesrates und ganz speziell gegenüber der Leitung der Aussenpolitik. Diese blieb in Nebel gehüllt, und es entstand oft der Eindruck, sie sei ganz der Kontrolle des Volkes entzogen. Wenn einerseits alles vermieden werden sollte, was die Deutschen als Provokation empfinden



konnten, anderseits die ausländische Propaganda in unserem Land unhellig blieb, lag in diesem Gegensatz eine weitere Quelle zu Gerüchten aller Art. Am 30. Juni 1940 bezeichnete Bundesrat Etter in einer Konferenz zwischen Bundesratsmitgliedern und einer Delegation der bürgerlichen Parteien die Lage als die schwerste seit Gründung des schweizerischen Bundesstaates. Bei dieser Gelegenheit ersuchte ein Mitglied der baselstädtischen Regierung den Bundesrat, das Volk innerlich wieder aufzurichten, da in letzter Zeit etwas oft von politischer Umstellung gesprochen worden sei.

Die andere Komponente in der öffentlichen Meinung bildeten die Kräfte des uneingeschränkten Widerstandes, die entweder die Endgültigkeit des deutschen Sieges bezweifelten oder aber den Kampf selbst unter den ungünstigsten Voraussetzungen einer Kapitulation vorzogen. Diese Richtung war ohne Zweifel in der Armee, bei den Wehrmännern aller Grade, am stärksten vertreten, doch auch zahlreiche Bürger aus allen Volksschichten, in Basel vor allem Mitglieder der Zünfte, verschworen sich, dem deutschen Vordringen auf allen Gebieten, wenn es sein musste, mit Gewalt zu begegnen. Aus dem Kreis der Zünfte wurde der Bundesrat um Freigabe bestimmter Bücher ersucht und zur Intervention gegen deutsche Radio-sendungen aufgefordert. Unter Leitung von Dr. Ernst von Schenck bildete sich in Basel eine zivile Abwehrorganisation «Aktion nationaler Widerstand», rund 800 Personen umfassend. Der gleiche Geist beseelte auch im allgemeinen unsere Tagespresse, wenngleich die Redaktoren oft gezwungen waren, zwischen den Zeilen zu sagen, was der einzelne Bürger im privaten Gespräch mit drastischen Worten ausdrückte; doch auch so klang die Wahrheit den empfindlichen deutschen Ohren meist unangenehm genug, weshalb von Berlin aus die schweizerischen Behörden immer erneut bedrängt wurden, sie möchten die Presse und hier ganz besonders die grossen Basler Blätter mundtot machen. So forderte der Presseattaché bei der Deutschen Gesandtschaft in Bern vom Bundesrat ganz unverfroren unter anderem die Absetzung des Chefredaktors der «Basler Nachrichten» und von Dr. A. Kober, der unter dem Pseudonym Salander durch seine Artikel in der «National-Zeitung» den Hass des deutschen Propagandaministeriums auf sich gezogen hatte.

Worauf stützten sich die Kräfte des Widerstandes in ihrem unerschütterlichen Glauben an den Sinn einer bedingungslosen Verteidigung gegen den deutschen Angriff? Da war es zunächst die historische Tradition unseres Landes, die eine Besinnung auf die ursprünglichen Grundlagen unseres Staates nahe legte und eine eigentliche Renaissance der Schweizergeschichte förderte. Mancher Nichthistoriker vertiefte sich in diesen Tagen in die



historischen Quellen und schöpfte daraus Zuversicht. Vor allem mochte er daraus erkennen, dass der schweizerische Staat, ganz unbekümmert um die äussere Form, durch alle Jahrhunderte hindurch auf bestimmten, unveränderlichen Grundlagen ruhte, Grundlagen, die nicht aufgegeben werden durften, wenn nicht der Staat selbst geopfert werden sollte. Dazu gehören Humanität und weitgehende politische Selbständigkeit des Individuums. Eine weitere Quelle des Trostes war in diesem Augenblick für manche die Kirche; dies kam in vermehrtem Kirchenbesuch zum Ausdruck. Im Zeichen der Besinnung auf die echten Werte demokratischer Gemeinschaft stand die in ernster Stimmung begangene Bundesfeier 1940. Prof. Dr. Ernst Stachelin führte in seiner eindrücklichen Festansprache auf dem Münsterplatz unter anderem aus:

«Wenn ein Volk aus der Welt Gottes herauszuleben versucht, wenn die Freiheit seiner Bürger von Ewigkeit her geheiligt ist, wenn seine Humanität ihren Inhalt und ihre Prägung aus der Klarheit und Fülle Gottes erhält, wenn sein Fortschritt geleitet ist von letzten Zielen, wenn seine Demokratie ihre Verantwortung und ihre Weisheit aus heiligen Höhen bezieht, wenn die Gemeinschaft seiner Bürger eine Gemeinschaft tiefster Achtung und Liebe ist, wenn seine verschiedenen Kulturbestandteile durch einen göttlichen Bogen zusammengehalten sind, dann steht ein solches Volk auch im Zeitalter der Panzerwagen und der Sturzkampfflieger stark da, selbst wenn es klein und unscheinbar ist; denn es steht auf ewigem Grund, Kräfte aus einer andern Welt erfüllen es, wie von Feuermauern ist es umgeben. Und sollten dennoch Krieg und Kriegsnot über ein solches Volk kommen, dann weiss es durchzuhalten in Kampf und restlosem Einsatz.»

Diese weisen Worte galten der immensen Gefahr, die aus der geschilderten Zwiespältigkeit innerhalb der öffentlichen Meinung erwachsen musste. Blühte nicht unter diesen Umständen der Weizen des Frontismus am besten? Fand nicht die deutsche Propaganda jetzt die günstigsten Erfolgsaussichten? Wenn sich im Laufe des Spätsommers allmählich eine Klärung im Sinne der Stärkung des Widerstandsgeistes abzeichnete, so lag der Grund dafür zunächst darin, dass England den Kampf gegen die deutsche Übermacht fortsetzte. Ende September stand bereits fest, dass die Deutschen die Luftschlacht um England verloren hatten. Dann aber brachte der berühmte Rütli-Armeebefehl General Guisans eine ganz bedeutende Stärkung der inneren Front.

Die militärische Führung, vor das gleiche Problem gestellt wie jeder einzelne Bürger, war zum Schluss gekommen, dass eine Möglichkeit bestehe, selbst einem bei weitem überlegenen Gegner auf längere Sicht hinaus, wenn auch nicht dauernd, mit Erfolg zu widerstehen, allerdings um den Preis der Räumung jener Landesteile, die unter diesen Voraussetzungen



nicht verteidigt werden konnten. Kämpfen, wo die Natur unsere Anstrengungen unterstützt, das war die Losung. So wurde mit grösster Eile eine stark befestigte Reduitstellung im gesamten Alpengebiet vorbereitet, und die Armee erhielt den Befehl, sich schrittweise aus der Grenzzone ins Landesinnere zurückzuziehen; zurück blieben nur retardierende Verteidigungselemente. Parallel zu dieser neuen Verteidigungskonzeption gingen eine allgemeine Herabsetzung der mobilisierten Truppenbestände und die Neuordnung des Evakuierungsproblems für die Zivilbevölkerung. Der Plan, im Kriegsfall einen Teil davon ins Innere des Landes zu übersiedeln, wurde aufgegeben und durch ein allgemeines Evakuierungsverbot ersetzt. Der General erliess am 20. Juni 1940 eine Instruktion an die Bevölkerung, wonach alle diejenigen, die in der Kriegszone wohnten, sich nur gemäss militärischem Befehl an einem bestimmten Ort zu besammeln hätten (Befohlene Evakuation). Eine freiwillige Evakuation wurde nur geduldet, solange Friede herrsche. Wer keinen Befehl zum Weggehen erhalte, müsse am Wohnort bleiben.

Der neue Verteidigungsplan unserer Armeeführung veränderte natürlich die militärische Situation Basels grundlegend. Mit der Auflösung des Stadtkommandos am 10. Juli 1940 wurde Basel zur offenen Stadt, die nicht verteidigt werden sollte. Der Regierungsrat sprach dem scheidenden Stadtkommandanten in einem Schreiben namens der Bevölkerung seinen Dank aus für den Schutz, den Basel seit Kriegsbeginn hatte geniessen dürfen, und hob darin auch die reibungslose Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Instanzen lobend hervor.

Von nun an lag die Stadt weit ausserhalb der schweizerischen Hauptverteidigungslinie, ihre Bewohner waren im Kriegsfall schon von der ersten Stunde an dem Zugriff des Feindes ausgesetzt und mussten sich auf eine dauernde Besetzung durch fremde Truppen gefasst machen. Da unsere Bevölkerung bis dahin unter Mobilmachung immer Grenzbesetzung verstanden hatte, so bedeutete nun die Verwirklichung der Reduitidee nicht nur für die Armee, sondern auch für die Zivilbevölkerung eine bedeutende psychologische Umstellung. Um so erstaunlicher wirkt die Ruhe, mit welcher der Reduitplan in Basel aufgenommen wurde. War man sich noch nicht bewusst, was es im zweiten Weltkrieg bedeutete, zur besetzten Zone zu gehören? Eher lag der Grund für diese Haltung in der aufkeimenden Hoffnung, Deutschland werde kein Interesse mehr daran haben, die Schweiz anzugreifen, wenn diese aus der einmal gegebenen Situation heraus versuche, durch die Reduitverteidigung ein Maximum an Verteidigungskraft zu entwickeln. Zur Beruhigung trug auch bei, dass die militärischen Aspekte vor den wirtschaftlichen und politischen Kriegssorgen zurücktraten.



Mehr und mehr begannen sich die wirtschaftlichen Kriegsfolgen bemerkbar zu machen, bei der Versorgung mit Rohmaterialien und Brennstoffen, bei der Einfuhr von Lebensmitteln. Der Basler Rheinhafen, dieses wichtige Eingangstor für einen grossen Teil der schweizerischen Einfuhren, war von Kriegsbeginn bis in den Herbst 1940 geschlossen; doch trug nicht allein die Zerstörung vieler Verkehrswege die Schuld am starken Rückgang der Einfuhren, sondern ebenso sehr die Befürchtung der beiden Kriegsparteien, der Gegner könnte aus den in die Schweiz eingeführten Rohmaterialien und Halbfertigprodukten direkt oder indirekt Nutzen ziehen. Daher sah sich die Schweiz von beiden Seiten her schwersten Pressionen ausgesetzt, wenn sie die Einfuhr bestimmter Waren aus Übersee und aus europäischen Ländern anstrebte. Praktisch hing die Zufuhr weitgehend vom Entgegenkommen der Achsenmächte ab, welche die Zufahrtswege zur Schweiz unter ihrer Kontrolle hielten. Die Mangellage kam auch bereits in einer gewissen Teuerung zum Ausdruck, stieg doch der Basler Index der Lebenshaltungskosten zunächst auf 111 Punkte, im Durchschnitt des Jahres 1940, und dann bis Mitte 1941 auf 129 Punkte (August 1939 = 100). In dieser wirtschaftlichen Entwicklung drohten ohne Zweifel grosse Gefahren, die sich auf die innere Front verhängnisvoll hätten auswirken können. Die Behörden unternahmen daher alles in ihrer Macht Stehende, um eine Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, die Lebensmittelversorgung wo nötig durch Rationierung sicherzustellen und die Teuerung so weit als möglich abzubremesen.

Am 21. November 1940 befasste sich der Grosse Rat, durch zwei Interpellationen veranlasst, mit Hamsterkäufen, die im Zusammenhang mit der Ankündigung von einschränkenden Massnahmen auf dem Gebiete des Schuh- und Textilmarktes vorgekommen waren. Nach den Angaben des Regierungsvertreters hätten an einem einzigen Tag rund 25 000 Käufer die Läden dieser Branchen bestürmt; doch sei nur ein einziger krasser Hamsterfall festgestellt worden. In der gleichen Sitzung überwies der Grosse Rat der Regierung zwei Anzüge mit der Empfehlung, es seien dem Staatspersonal und den Privatangestellten Teuerungszulagen auszurichten.

Wohl hatte die Schweiz mit den Blockademächten England und Frankreich am 25. April 1940 einen Blockadevertrag über die Sicherung der schweizerischen Importe und Exporte durch die Gewässer dieser Mächte abschliessen können, doch ergaben sich seit dem Zusammenbruch Frankreichs grösste Schwierigkeiten, die Zufuhren aus England und den USA blieben beinahe gänzlich aus. Deutschland hoffte, durch Kohlenlieferungssperren und Transithemmnisse von der Schweiz die massive Belieferung mit Waren aller Art zu erpressen. Erst die mit den Achsenmächten abgeschlossenen



Handelsverträge im Sinne der Gegenblockade brachten einige Erleichterungen, allerdings um den Preis schwerer Opfer. Wenn auch der Export mancher Produkte ausserhalb des deutschen Bereiches verweigert wurde, so legten die Verträge doch für andere Exportwaren im deutsch-schweizerischen Handel bestimmte Mengen vertraglich fest; besondere Bedeutung erhielt die Versorgung unseres Landes mit deutscher Kohle und mit Eisenerz, wofür die Schweiz Schlachtvieh, Kondensmilch, Käse und Obst nach Deutschland ausführen und eine Verschlechterung der eigenen Fleischversorgung in Kauf nehmen musste. Die Alternative lautete: entweder frieren und vielleicht gar arbeitslos werden oder aber etwas weniger essen. (Einführung von zwei fleischlosen Tagen am 16. Mai 1941.)

Einen wesentlichen Trumpf im Spiel unserer Unterhändler bildeten wohl die Transitverbindungen durch den Gotthard und den Simplon, die für den Gütertausch zwischen Deutschland und Italien von geradezu lebenswichtiger Bedeutung waren. Vielleicht trugen eben diese Transitmöglichkeiten dazu bei, dass Deutschland in diesem kritischen Zeitabschnitt von einem Angriff gegen unser Land absah. Die unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen erkämpften Handelsvereinbarungen festigten die wirtschaftliche Position unseres Landes so weit, dass in der Industrie keine Arbeiter entlassen werden mussten. In Basel ging die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 1939 auf 1940 sogar bis auf ungefähr die Hälfte, das heisst auf rund tausend zurück. Die Ausfuhrmengen der drei Basler Hauptindustrien hielten sich während des ganzen Jahres 1940 noch auf beachtlicher Höhe, immerhin wurde für den Fall einer grösseren Arbeitslosigkeit der obligatorische Arbeitseinsatz überzähliger Industriearbeiter im landwirtschaftlichen Anbauwerk vorgesehen. Einzig die Binnenwirtschaft litt unter dem starken Rückgang der Bautätigkeit. Der Bestand an Leerwohnungen erreichte am 1. Dezember 1940 die Höchstzahl von 1661 = 3% aller Wohnungen, beinahe soviel wie in der Krisenzeit der Vorkriegsjahre.

Da die eingeführte Kohlenmenge so weit als möglich der Industrie zugeteilt werden sollte, mussten die Privaten im zweiten Kriegswinter bereits empfindliche Einschränkungen beim Kauf von Heizmaterial auf sich nehmen (50% des Normalbedarfes). Der Kanton Basel-Stadt führte in der Folge grosse Holzmengen ein, so zum Beispiel 1943 rund 150000 Ster oder 5300 Eisenbahnwagen aus zwölf Kantonen; 23800 Ster beanspruchte allein die Holzvergasung im Gaswerk. Wer nicht auf Holz als Ersatz zurückgreifen konnte, sah sich nach Ersatzkohle (Braunkohle) um oder war gezwungen, an Stelle der Zentralheizung wieder bei den altbewährten Zimmeröfen Zuflucht zu suchen. Verschiedene Kirchen blieben wegen des Brennstoff-



mangels während des ganzen Winters geschlossen. Für die industriellen und gewerblichen Betriebe, ferner für die kaufmännischen Unternehmungen wurde die Fünftagewoche, für die Ladengeschäfte eine Verkürzung der Verkaufszeit angeordnet. Da auch die Vorräte an flüssigen Brennstoffen, vor allem das Benzin, während dieses Winters zur Neige gingen, musste schliesslich ein vollständiges Fahrverbot für Personenautomobile, Ärzte ausgenommen, verfügt werden. Im Kanton Basel-Stadt blieben vom Mai 1941 an nur noch 220 Privatwagen im Betrieb.

Die innere Krise und der militärische Zusammenbruch der französischen Demokratie veranlassten manchen Bürger nicht nur zur Besinnung auf die traditionellen Grundsätze schweizerischer Demokratie, sondern auch zur kritischen Prüfung der demokratischen Einrichtungen auf ihren inneren Wert. Träges Verharren in einem verkalkten Zustand schien ebenso gefährlich wie die Gleichschaltung der schweizerischen Lebensformen mit ausländischen Vorbildern, und dies um so mehr, als unsere Existenz als Staat nicht auf einer natürlichen, sondern auf einer geschichtlich gewordenen Grundlage ruht. War der schweizerische Staat wirklich eine echte Volksgemeinschaft gleichberechtigter Bürger, als das er immer wieder gelobt wurde? Hatte nicht die wirtschaftliche Entwicklung zu gefährlichen Gegensätzen geführt? War diese schweizerische Demokratie nicht für einflussreiche Bürger ein Werkzeug geworden, ihre persönlichen Interessen durchzusetzen? Fehlte nicht vielen Bürgern in diesem Staat eine geistige Zielsetzung? Alle diese Fragen bedrückten manchen etwas tiefer denkenden Menschen. Eine Erneuerung im Sinne der Neubelebung unserer demokratischen Einrichtungen, aber auch die Abwendung von der Routine-Politik, dies schien den Kritikern unumgänglich, wenn die Schweiz den Verlockungen der deutschen Propaganda sollte widerstehen können. Sprachrohr für solch kritische Stimmen war zum Beispiel der Ende Juli 1940 gegründete Gotthard-Bund. Auch der aufsehenerregende Erfolg des Landesrings der Unabhängigen bei den Grossratswahlen im Frühjahr 1941 konnte nicht bloss als Reaktion der durch die Teuerung verärgerten Konsumenten oder gar als eine Folge des Kommunistenverbotes gewertet werden. Hier wirkte sicherlich die Abneigung vieler Wähler gegen das schablonenhafte Parteidenken mancher berufsmässiger Politiker mit.

Indessen riefen, bei aller Ruhe, die im grossen und ganzen auf dem kontinentalen Kriegsschauplatz herrschte, doch gelegentlich wieder militärische Ereignisse den Bürgern unserer Stadt die gespannte äussere Lage in Erinnerung, so das völlig unerwartete Luftbombardement Basels in der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember 1940 durch englische Flugzeuge. Dieser Angriff richtete im SBB-Areal, im Gundeldingerquartier und in



Binningen nicht nur bedeutenden Sachschaden an – 472 Schadenfälle im Betrag von 940000 Franken –, sondern forderte sogar vier Todesopfer. In der Öffentlichkeit erhob sich in der Folge eine heftige Diskussion über Sinn und Unsinn der allgemeinen Verdunkelung, die auf Befehl des Generals seit dem 7. November allabendlich durchgeführt werden musste. Offenbar fand sich die Bevölkerung mit dieser Massnahme nur höchst widerwillig ab, mussten doch die Luftschutzpatrouillen zunächst jede Nacht durchschnittlich 350 Rapporte wegen ungenügender Verdunkelung erstatten. Das Polizeigericht hatte sich im Laufe des Jahres 1941 mit über 11000 Verzeigungen wegen Zuwiderhandlung gegen den Bundesratsbeschluss über Massnahmen des passiven Luftschutzes zu befassen. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, es handle sich bei der Verdunkelung um eine Vorkehrung, die auf deutschen Druck hin getroffen, nur Deutschland Nutzen bringen könne.

Während am 6. April 1941 die Basler Kirchenglocken eben den Palmsonntags-Gottesdienst einläuteten, erfuhr die Bevölkerung durch Radio und Extrablätter, dass wenige Stunden zuvor deutsche Truppen in Jugoslawien und Griechenland einmarschiert seien und die Stadt Belgrad durch ein fürchterliches Fliegerbombardement zu einem Teil dem Erdboden gleichgemacht hätten. Damit kündigte sich eine ganz neue Richtung der deutschen Eroberungsstrategie an, eine bedeutsame Ausweitung des Kriegsgeschehens nach dem Osten, gegen den Balkan, also gegen die russische Einflusssphäre. Heinrich Jenny kommentierte das Ereignis in der «National-Zeitung» unter anderem mit folgender Bemerkung:

«Gerade am heutigen Tag aber und angesichts der Einbeziehung weiterer Millionen friedens- und freiheitliebender Menschen in den Krieg der Grossmächte bekennen wir uns zu dem unerschütterlichen Glauben an ein künftiges ehrenvolles, von Gerechtigkeit und gegenseitiger Achtung beherrschtes Zusammenleben der Völker und zu der Bereitschaft, dieser Zukunft des Friedens und der Freiheit unsern Beitrag nicht zu versagen.»

Gegenüber der Haltung verschiedener Schweizer Zeitungen, vor allem der «National-Zeitung», in der Frage des jugoslawischen Widerstandes, zeigten die deutschen Stellen besondere Empfindlichkeit. Offenbar ganz bewusst arbeiteten damals die später vielgenannten zweihundert Schweizer Bürger mit ihrer «Eingabe der 200» den Deutschen in die Hände, indem sie vom Bundesrat nichts weniger als die Absetzung verschiedener Chefredaktoren und ein strengeres Regime gegenüber der Schweizer Presse forderten.

Eine indirekte Folge der veränderten militärischen Situation war der Beschluss des Bundesrates vom 9. April 1941, eine schweizerische See-



schiffahrtsflagge zu schaffen und ein eidgenössisches Seeschiffsamt in Basel zu errichten. Damit sollte den immer grösser werdenden Transportschwierigkeiten für unsere Importe und Exporte entgegengewirkt werden.

Was der Frühjahrsfeldzug der Deutschen hatte vermuten lassen, wurde am 22. Juni 1941 zur Tatsache: die deutsche Kampfansage an Sowjetrußland. Obgleich die Presse, natürlich mit der gebotenen Zurückhaltung, bereits Tage vorher diese Möglichkeit angetönt hatte, kam die Nachricht von der deutschen Kriegserklärung an die Russen ebenso unerwartet wie seinerzeit die Mitteilung vom Abschluss eines deutsch-russischen Nichtangriffspaktes. Damit hatte der Krieg zweifellos einen ersten grossen Wendepunkt erreicht.

### Schach dem inneren Angriff

Hatte vor dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges ein eindeutiges militärisches Übergewicht der Achsenmächte auf dem europäischen Kontinent bestanden, so erwartete der aufmerksame Beobachter nach dem 22. Juni, dass sich allmählich ein Kräftegleichgewicht anbahnen werde. Zwar sah es in den ersten Monaten der Kämpfe im Osten gar nicht danach aus, aber schliesslich sollten doch alle jene Recht behalten, die den Angriff Hitlers auf die Sowjetunion als einen Fehler betrachteten. England, das bis dahin den Kampf allein hatte ausfechten müssen, erreichte eine beträchtliche Verbesserung seiner strategischen und militärischen Lage. Gleichzeitig mit der unerwarteten Verbindung zwischen dem demokratischen England und dem totalitären russischen Staat verlor die bisher eindeutig antifascistische Ideologie als Grundlage der geistigen Kriegführung Englands gegen Deutschland und Italien ihre Bedeutung und trat mehr als bisher hinter machtpolitischen Erwägungen zurück.

Auch für die Schweiz ergab sich aus der Verschiebung der wichtigsten deutschen Kampfeinheiten nach Osten eine bedeutende militärische Erleichterung, wenn auch deutscherseits zunächst noch genügend Truppen für einen Angriff gegen unser Land zur Verfügung gestanden hätten. Die Zahl der im Felde stehenden Soldaten konnte in der Schweiz von 170000 im Juli 1941 auf rund 70000 Mann bei Jahresende herabgesetzt werden; ein neuer Ablösungsplan führte insofern zu einer Entlastung, als die Einheiten des Auszuges und der Landwehr nun innerhalb eines Vierteljahres nur noch einmal zu fünfwöchigem Grenzdienst einrücken mussten.